

Die Rolle der FWG

Hoch schlugen die Wellen, die Landräte im Sumpf der Verschuldung des Landes und der Kommunen erzeugten. Sumpf ist bekanntlich ein träges Fluidum, das keine hohen Welle oder rasche Bewegungen ermöglicht, sich eher rasch wieder beruhigt und sich dann, weil flüssiger, leichter ausbreiten kann.

Die Forderung aus den Reihen der Freien Wähler hin zu einer unvoreingenommenen Diskussion über den Patienten Mandelbachtal, dessen Weg aus der Intensivstation nur noch eine Richtung aufweist, hin zum wohl finalen Urnengang, wurde bisher ostentativ verweigert. Die Gründe dafür sind bekannt.

Das ideenlose Geschrei nach mehr Geld hat viele externe Gehirne und Druckmaschinen in Gang gesetzt. Entwicklungs- und Strategiepapiere haben ganze Wälder vernichtet.

Man will den ländlichen Raum, den man über Jahrzehnte hinweg selbst geschwächt hat, nun wieder stärken.

Interkommunale Kooperationen, Fusion, Auflösung von Landkreisen, Stärkung derselben, noch mehr Zweckverbände und der gleich mehr, sind Zeichen großer Konfusion.

Die Gebietsreform von '74 steht vor ihrem Scherbenhaufen, der allerdings kein kleiner Haufen ist, sondern ein nicht mehr erklimmbarer Schuldenberg. Und keiner hat ihn erzeugt, der Blindheit wegen noch nicht mal wachsen sehen.

Man redet gerne von Altschulden und vergisst dabei, dass es die Schulden der Alten sind, in deren Parteifußstapfen man jetzt gleiches tut.

Statt Vermögen erbt und vererbt man unablässig Unvermögen. Ergebnis der Politik bestimmender Parteien!

Die Zeit ist längst reif für eine Korrektur zumindest des Kommunalsystems dergestalt, dass in allen kommunalen Gremien eine **starke FWG** den Parteien eine ideologiefreie und somit wirksame Barriere entgegenstellt, z.B. Durch einen

„PÜV“

ParteienÜberwachungsVerein.

Völlig außer Kontrolle

Zwei Themen beherrschen derzeit die saarländische Politik. Bei genauem Hinsehen sind beide, wie in der Politik insbesondere eines kleinen Landes nicht anders zu erwarten, vielfältig verwoben um nicht zu sagen total verfilzt. Doch wäre es ein grober Fehler, die aktuelle Diskussion um Ämterhäufung im Landtag auf nur einen Strippenzieher zu reduzieren. Überall wo Parteien *agieren* oder sogar *regieren*, dabei allerdings immer nur *reagieren*, gibt es dieses unsägliche Phänomen. Nein, man muss schon bis auf den Bodensatz des Sumpfes blicken und wird dann erkennen, dass auch in der Kommunalpolitik die Ämterhäufung das Material ist, aus dem die Netzwerke der Strippenzieher geflochten sind.

Die Welle der Entrüstung bei den Bürgermeistern über das „Landratserhaltungspapier“ hat sich schon wieder gelegt, weil die nur laut nachgedacht haben wollen. Nun, unter dem Deckmantel Verwaltungs- und Gebietsreform wurde schon so mancher Unsinn verzapft mit der bitteren Erkenntnis, dass physische Grenzen überwindbar sind, geistige indes nicht.

Das eigentlich dramatische und skandalöse zugleich ist der Umstand, dass nicht die Ämterhäufung ansich sondern ein Kassenfehlbetrag im LSVS Anlass zum Nachdenken oder gar zum Handeln ist. Politiker nehmen die modern Vokabel „Nachhaltigkeit“ bis zum Erbrechen in den Mund, freilich ohne die originäre Bedeutung des Wortes zu kennen. Es stammt aus der Forstwirtschaft und beinhaltet das Ziel, nur soviel Holz zu schlagen, wie wieder nachwächst. Jeder entnommene Baum muss durch einen neuen ersetzt werden.

Hätte Nachhaltigkeit in der Politik auch nur einen Funken Relevanz, dürfte nur soviel Geld ausgegeben werden, wie eingenommen wird. Das Saarland ist pleite, hängt am unsicheren Tropf des Länderfinanzausgleiches, die Kommunen sind noch pleiter, denn sich hängen am Tropf des am Tropf hängenden Landes.

Hätten wir um-, ein- und weitsichtige Politiker, die über den Rand ihres kleinen Parteikarrieretellers zu blicken im Stande sind, stünden wir nicht vor dem alles lähmenden Schuldenberg in der permanenten Not, **Hey Boss, ich brauch mehr Geld** singen zu müssen.

Nirgendwo ist die Quote an Reaktionären so groß wie in der Politik. Strippenziehen, Taktieren, Vorteilsnahme, Vetternwirtschaft und Versorgungssicherung prägen das Bild von Politikern und damit auch das Ergebnis ihres Handelns, das selbstverschuldete Missstände stets mit aller Härte verfolgt statt sie zu verhindern.

Die Geschehnisse seit dem 24.09.2017 geben bis zum heutigen Tag bedauerlicher Weise keinen Anlass zu glauben, dass sich auch nur irgendetwas ändern wird. Der Glaubwürdigkeitsverlust parteigebundener Entscheidungsträger schreitet unaufhaltsam voran.

Ein anderer Baustein des ruinösen Gebildes ist das Fehlen jeglicher wirksamer Kontrollen. Die Unwirksamkeit der **Kommunalaufsicht** ist inzwischen dreidimensional beschrieben, also äußerst plastisch. Wenn eine Kommune über Jahrzehnte trotz Kontrollen in den Bankrott marschieren, sich dann als unverschuldet überschuldet die Hände reinwaschen kann, darf man getrost von einem Systemfehler reden. Und auch die Kontrollmechanismen innerhalb der Gemeinde Mandelbachtal versagen, wenn die Gemeindeverwaltung, dank kräftiger Unterstützung der Ratsmehrheit, die Herausgabe des Schlüssels zur Informationstruhe permanent verweigert. Anträge der FWG-Fraktion dazu werden abgelehnt, wenn vor der Diskussion der Fraktionszwang sicher zugeschlagen hat. Ist das nicht der Fall, nimmt man den Antrag, ungeachtet jeglicher Gesetze, unter Gebrauch der Ratsmehrheit gänzlich von der Tagesordnung. **Fehlende Kontrollen** sind das **Schmiermittel** des Apparates, die **Häufung von Ämtern** die **Nebelbomben** für die Herstellung der **Intransparenz**.

Willkür und Parteiendiktatur - unterbrochen nur von demokratischen Wahlen.